

Der letzte Strohalm

Japans Regierungspartei muss erneut ihren Chef wechseln

Es hatte schon vertraute Züge, als japanische Fernsehsender am 1. September ihr Programm unterbrechen, um eine Pressekonferenz des Regierungschefs zu übertragen. Vertraut deshalb, weil ein Premierminister zu sehen war, der genau so überraschend wie sein Vorgänger nach nur einem Jahr im Amt seinen Rücktritt erklärte. Doch diesmal war die Lage ernster.

Yasuo Fukuda hatte noch einen Monat zuvor sein Kabinett umgebildet. Er wollte in der ab Mitte September vorgesehenen Parlamentsperiode eine Verbraucherschutzbehörde ins Leben rufen und ein Konjunkturprogramm für die erlahmende Wirtschaft verabschieden. Zudem stand die Verlängerung des Mandats für die japanische Marine an, die im Indischen Ozean laut offizieller Sprachregelung die dort patrouillierenden Schiffe der alliierten Streitkräfte mit Treibstoff versorgen soll, tatsächlich aber wohl eher wegen ihrer Aufklärungs- und Radartechnik von den US-amerikanischen Militärs dort gewünscht wird. Doch all das hielt Fukuda nicht von seinem Rücktritt ab.

Die Journalisten fragten nach: Abe hatte 2007 vor allem aus gesundheitliche Gründe aufgegeben. War das nun auch der Fall? Fukuda, der sich seinen trockenen Humor bewahrt hat, wies daraufhin, dass er zwar aufgrund einer Sehschwäche eine Brille trage, ansonsten aber gesund sei. Seine Gründe für den Rücktritt lägen woanders, und zwar vor allem bei der Opposition. Die habe sich im vergangenen Jahr völlig der parlamentarischen Kooperation verweigert, jedes Gesetzesvorhaben nur um der Destruktion willen mit ihrer Oberhausmehrheit blockiert und ständig nach Neuwahlen gerufen. Um dieses Trauerspiel nicht fortzusetzen sei es besser, wenn sich ein frischer Regierungschef den politischen Gegnern entgegenstelle.

Nun verfügt die Regierungskoalition von Liberaldemokraten und der „Partei für eine saubere Regierung“ (Kômeitô) über eine Zweidrittelmehrheit im Unterhaus. Sie kann jeden vom Oberhaus abgelehnten Gesetzesentwurf spätestens nach 60 Tagen durch erneute Abstimmung verabschieden. Allerdings kam dieses in der Verfassung seit 1947 gegebene Instrument in der politischen Realität lange Zeit nicht vor. Erst als die Regierung im Sommer 2007 die Mehrheit im Oberhaus verlor, begann man sich mit dieser Möglichkeit der parlamentarischen Auseinandersetzung zu befassen. Als die Koalition dann erstmals Gebrauch von dieser Option machte, beherrschte die Frage nach der moralischen und demokratietheoretischen Berechtigung eines solchen Schrittes jede politische Diskussion. Die Klage der Opposition, durch die „Diktatur der Mehrheit“ überrollt worden zu sein, stieß dabei auf ein durchaus verständnisvolles Publikum, das es über Jahrzehnte gewöhnt war, parlamentarische Minderheiten von parlamentarischer Gewalt sprechen zu hören, wenn die Regierungsmehrheit trotz Protest ihre Vorhaben verabschiedete. Der begleitende Vorwurf lautete in der Regel, man habe sich auf Seiten der Regierung nicht ausreichend Zeit genommen, um umstrittene Gesetzesvorhaben sowohl in den Ausschüssen als auch im Plenum des Parlaments zu debattieren und die Ansichten der Opposition zu berücksichtigen. Sprecher der LDP versuchten dieses Argument dann häufig dadurch zu entkräften, dass sie die Stunden vorrechneten, die man sich mit dem betreffenden Gesetzentwurf im Parlament befasst hatte.

Der Opposition geht es bei ihren Klagen aber in Wirklichkeit darum, den legislativen Prozess zu verzögern, denn ein Gesetzentwurf, der nicht bis zum Ende der Parlamentswochen verabschiedet worden ist, gilt als gescheitert. Also werden immer wieder Abstimmungen in

JAPAN

DR. AXEL KLEIN

4. September 2008www.kas-asia.org

Ausschüssen verzögert, bei Bedarf auch durch Sitzblockaden oder den Versuch, den Ausschussvorsitzenden nicht an sein Mikrofon kommen zu lassen, um das Aufrufen zur Abstimmung zu verhindern. All diese Versuche werden in der Regel von lautem Geschrei begleitet, das auf das undemokratische Verhalten der Regierung aufmerksam machen soll. Dem Fernsehpublikum bietet sich das Bild einer Opposition, die selbst vor Körpereinsatz nicht zurückschreckt, um für ihre politische Überzeugung einzustehen. Und obwohl man sich über die Öffentlichkeitswirksamkeit dieser Strategie nicht ganz im Klaren ist, hofft man darauf, dass die Bevölkerung den im Lande als wichtige Tugend betrachteten „Kampf bis zum Letzten“ auch in dieser Parlamentspraxis wiederfindet und würdigt.

Zuweilen wird die Protestintensität der Opposition aber auch durch die Regierung selber gesteigert. Oft haben Kabinettsmitglieder in den letzten Jahren Angriffsflächen geboten, weil Unregelmäßigkeiten in ihren Finanzberichten auftauchten. Dann erlauben Oppositionsmitglieder in keinem Parlamentsgremium mehr eine andere Diskussion als zu den jeweiligen „Skandalen“ und man fordert im Namen des Volkes die vollständige Aufklärung der aktuellen Affäre. Und das nimmt Zeit in Anspruch, nicht zuletzt auch deshalb, weil die verdächtigten Politiker in der Vergangenheit fast immer etwas zu verbergen hatten.

Doch war es in jüngster Zeit nicht nur diese Art der Parlamentspraxis, die Fukuda sein Amt vergrämt hat, sondern auch der Koalitionspartner. Zunächst zeigte die Kômeitô wenig Begeisterung für die Idee, die Entsendung der japanischen Marine in den Indischen Ozean durch den Einsatz der Zweidrittelmehrheit zu verlängern, denn die meisten Stammwähler der Partei sind – genauso wie die Opposition – gegen eine japanische Beteiligung an dem internationalen Militäreinsatz. Dann wollte man die eigene Wählerschaft durch eine Steuerentlastung bei Laune halten, eine Maßnahme, die in Teilen der LDP auf Widerspruch stieß. Und schließlich wurde zwischen beiden Koalitionspartnern sogar

lange darüber verhandelt, wann denn nun die Parlamentswochen beginnen sollten. Fukuda strebte Ende August an, um mit Blick auf die 60-Tage-Regelung möglichst viel Zeit zur Verfügung zu haben, die Kômeitô aber wollte erst Ende September beginnen. Konnte man Fukuda unter diesen Umständen übel nehmen, dass er das Handtuch warf?

In Japan ja. Wähler, deren O-Töne die Fernsehanstalten seit jener Pressekonferenz zahlreich zeigen, werfen ihm entweder vor, er habe sich verantwortungslos verhalten, oder aber zu früh aufgegeben. Beides eignet sich kaum, um die wenigen Sympathien, die der LDP noch geblieben sind, zu halten. Zusammen mit den Erinnerungen an Abes Rücktritt im letzten Jahr hat Fukudas Entscheidung auch viele treue LDP-Anhänger verärgert.

Und das ist dramatisch für die Partei, denn die nächsten Unterhauswahlen stehen spätestens in einem Jahr an. Die Liste der Missstände ist ähnlich lang wie die der unerledigten Gesetzesvorhaben, das Rentendebakel (50 Millionen Rentenzahlungen konnten von der zuständigen Sozialbehörde nicht den Einzählern zugeordnet werden) ist nicht geklärt, das Gesundheitssystem ist dringend reformbedürftig, die Konjunktur geht in die Knie, eine unpopuläre Erhöhung der Mehrwertsteuer scheint unausweichlich und über allem schwebt die hohe Staatsverschuldung von 142% des Bruttoinlandsproduktes (März 2008). Doch die LDP verbringt nun die nächsten Wochen erst einmal damit, einen neuen Vorsitzenden zu suchen, der dann Regierungschef werden kann, um mit der gleichen Opposition konfrontiert zu sein wie Fukuda.

An dieser Stelle setzt eine Interpretation der Rücktrittsentscheidung an, die darin den verzweifelten Versuch sieht, die LDP aus ihrer misslichen Lage zu befreien. Der neue Premierminister soll der letzte Strohalm sein, an den sich die Partei klammern kann. Mit den deutlich unter 30% liegenden Zustimmungsraten für sein Kabinett hätte Fukuda seine Partei bei den nächsten Urnengängen nicht

JAPAN

DR. AXEL KLEIN

4. September 2008**www.kas-asia.org**

heil über die Ziellinie bringen können. So hofft die LDP nun auf den Effekt, der noch jeden neuen Regierungschef ins Amt begleitet hat: Die Unterstützungsraten steigen zunächst, ein kurzfristiger Aufschwung, der - sofern er denn eintritt - der wohl einzige Trumpf sein wird, über den die Liberaldemokraten noch verfügen.

Folgt man dieser Interpretation, dann stünden die nächsten Unterhauswahlen unmittelbar bevor. Alle politischen Aufgaben und Gesetzesvorhaben würden noch länger auf Eis gelegt, die japanische Marine wie schon vor einem Jahr erst einmal nach Hause beordert, und Japans Bevölkerung müsste - bei wachsender Politikerverdrossenheit - zwischen Fukudas Nachfolger und Ozawa Ichirô wählen, dem Vorsitzenden der Demokratischen Partei, der am 21. September seine dritte Amtsperiode antreten wird. Zwar wird die LDP versuchen, mit ihrem Wahltag, dem 22. September, das öffentliche Interesse wieder auf ihre eigenen Reihen zu lenken, doch trotzdem ist die Demokratische Partei jetzt so nahe an den Schalthebeln der Macht wie nie zuvor.

Der ehemalige Außenminister und gegenwärtige LDP-Generalsekretär Asô Tarô hat als erster seine Kandidatur für das Amt des Parteivorsitzenden erklärt. Vor einem Jahr war er Fukuda noch deutlich unterlegen, jetzt scheinen seine Chancen besser zu stehen. Daran ändert auch die Aussage von Oppositionsführer Ozawa wenig, Asô sei als Gegner ein Leichtgewicht. Zumindest polarisiert Asô, und das auch in seiner eigenen Partei. Ein beträchtlicher Teil der liberaldemokratischen Parlamentarier würde wohl lieber einer Alternative seine Stimme geben. Die ehemalige Verteidigungsministerin Yuriko Koike scheint eine solche Alternative zu sein. Sie wäre nicht nur die erste Frau an der Spitze der Partei, sondern (zumindest bis zur Neuwahl) auch die erste Premierministerin des Landes. Vielleicht ist es diese beispiellose Perspektive, die die LDP doch noch retten und ihr die Regierungsposition bewahren kann. Doch unabhängig davon, ob es zu dieser jetzt noch fast revolutionär scheinenden Wahl einer Frau kommen wird, oder doch Asô die Oberhand behält: Es wird in den nächsten Wochen noch einiges zu hören sein über den letzten Strohalm der LDP.



**Konrad
Adenauer
Stiftung**

Impressum

Konrad Adenauer Stiftung e.V.

Bukit Pasoh Road 34-36
Singapore 089850

Tel: +65 6227-2001
Fax: +65 6227-8343